Thüringische Landeszeitung vom 20.12.2012 , Seite TH 3

Ein Jahr vor Gericht

Weimar. Seit einem Jahr steckt das Volksbegehren für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben im Klageverfahren am Thüringer Verfassungsgerichtshof fest. Das hat jetzt die Thüringer Bürgerallianz beklagt. Das Volksbegehren zur Abschaffung der Zwangsbeiträge im kommunalen Straßenbau und bei Abwasserinvestitionen mit über 23 000 Unterstützerunterschriften wurde im Dezember 2011 von der Landesregierung durch das Einreichen der Klage gestoppt. Die von den Vertrauenspersonen des Volksbegehrens beantragte Prozesskostenhilfe wurde von den Verfassungsrichtern abgelehnt. Heute wollen sich Vertreter der Bürgerallianz und der Linkspartei im Landtag zu einer Informationsveranstaltung treffen.